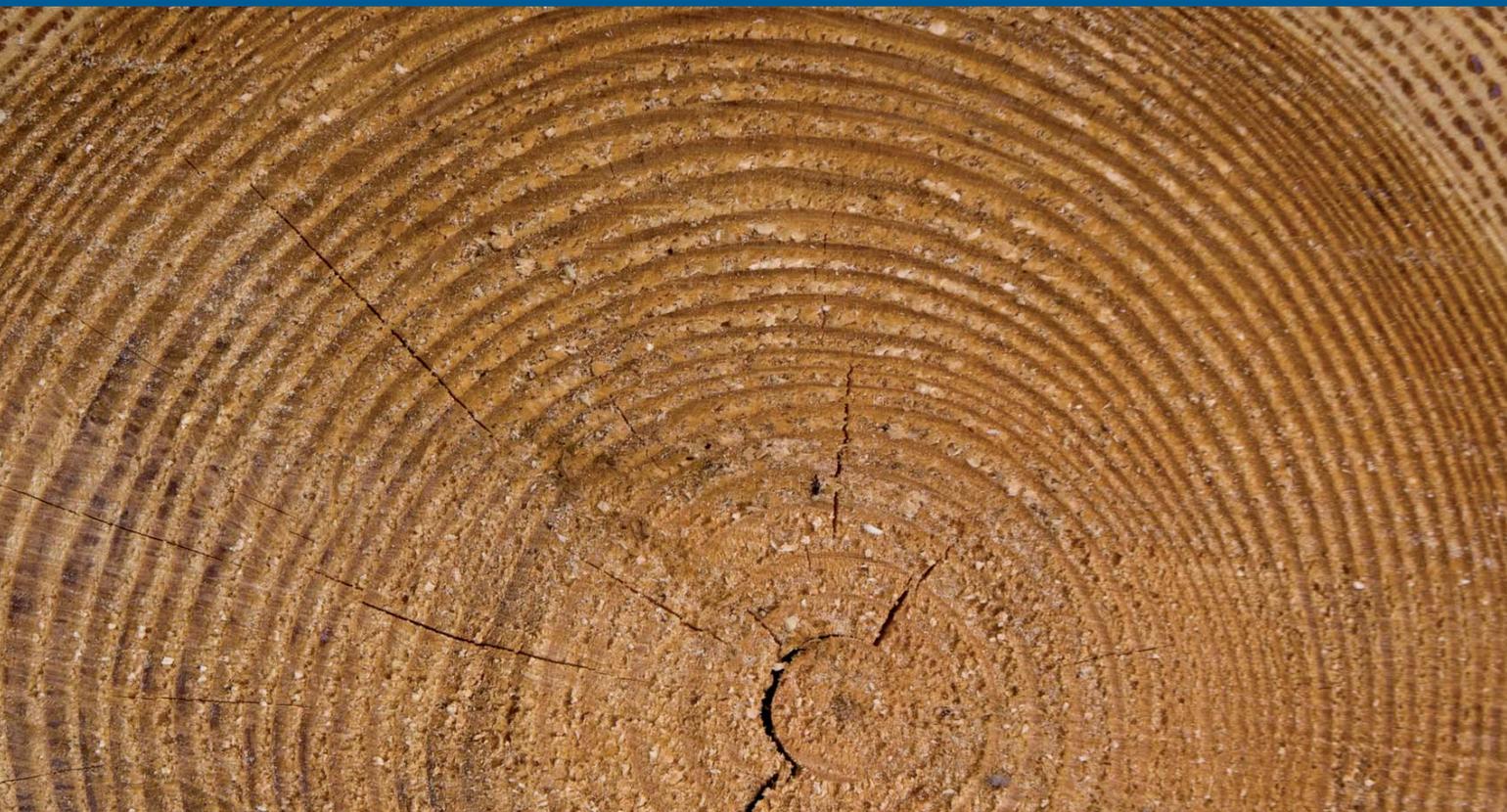


STATISTISCHER BEITRAG



**Die Themen „Inklusion“ und
„Aktives Altern“ aus Bürgersicht**
Ergebnisse einer Bürgerbefragung

Die Themen „Inklusion“ und „Aktives Altern“ aus Bürgersicht - Ergebnisse einer Bürgerbefragung

Von Dennis Sander und Barbara Rösel

Vorbemerkung

Die hier vorgestellten Ergebnisse wurden im Rahmen einer Bürgerbefragung zum Thema „Lebensqualität in deutschen Städten“ ermittelt. Die Befragung wurde von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport unterstützt.

1 Befragungsdesign und Durchführung

1.1 Teilmodule der Befragung „Lebensqualität in deutschen Städten“

Im Dezember 2012 bis Januar 2013 wurde in der Stadt Bremen und in 19 weiteren deutschen Städten eine Bürgerbefragung zum Thema „Lebensqualität in deutschen Städten“ durchgeführt. Die Federführung für die Durchführung der Befragung lag bei der KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit¹⁾ beim Verband

Deutscher Städtetstatistiker (VDSt). Die Befragung war modular aufgebaut, neben dem sogenannten Grundmodul zum Thema Lebensqualität und zur Zufriedenheit mit städtischer Infrastruktur²⁾ konnten die Städte weitere Module zu spezifischen Themen in die Befragung aufnehmen. Zur Auswahl standen „Aktives Altern“, „Inklusion“, „Bürgerbeteiligung“ und das „Familienmodul“. In Bremen wurden die Themen „Aktives Altern“ und „Inklusion“ bearbeitet. Die Ergebnisse werden nachfolgend vorgestellt.

Die Durchführung der Befragung erfolgte durch das IFAK Institut GmbH & Co. KG mittels des CATI (Computer Assisted Telephone Interview). Potentielle Befragte waren alle Einwohner/-innen der jeweiligen Städte über 15 Jahre mit einem Festnetzanschluss im Haushalt. Die Auswahl erfolgte mittels ADM-Telefonstichprobensystem. Dabei wird durch eine mehrstufige Zufallsauswahl von Telefonnummern nach dem Last-Birthday-Prinzip eine Zielperson ausgewählt. Bremen ist mit einer bereinigten Stichprobe von 500 Personen beteiligt.³⁾

¹ KOSIS: Kommunales Statistisches Informationssystem. Urban Audit ist ein europäischer Städtevergleich, an dem über 300 Städte in den 27 EU-Ländern und weitere Städte in Norwegen, der Schweiz und der Türkei beteiligt sind. In Deutschland beteiligen sich 40 Städte. Die Federführung liegt bei EUROSTAT, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, in Deutschland betreibt die KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit die Datensammlung

als Gemeinschaftsvorhaben mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Europäischen Statistischen System (ESS).

² Die Ergebnisse für Bremen sind bereits hier veröffentlicht: Barbara Rösel (2014): Lebensqualität in Bremen: Ergebnisse einer Bürgerbefragung. Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistischer Beitrag.

³ Siehe auch: ifak Institut GmbH & Co. KG: 3. Koordinierte Bürgerbefragung 2012: Lebensqualität in deutschen Städten. Methodenbericht. Unveröffentlichte Präsentation, März 2013.

Tabelle 1
Zusammensetzung der Stichprobe der Stadt Bremen im Vergleich zur Gesamtstadt

Stadt	Stichprobe Bremen		Stadt Bremen am 31.12.2011 ¹⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Gesamt	500	100	548 319	100
Männer	259	52	266 554	49
Frauen	241	48	281 765	51
Deutsche	487	97	476 518	87
Ausländer/-innen	19	4	71 801	13
Altersgruppe				
15-17 Jahre	15	3	14 656	3
18-24 Jahre	42	8	48 618	9
25-34 Jahre	86	17	74 947	14
35-44 Jahre	78	16	75 141	14
45-54 Jahre	87	17	83 282	15
55-64 Jahre	70	14	67 119	12
65 Jahre und älter	122	24	117 342	21
Mittelwert (Durchschnittsalter)	48,4	x	44,0	x
Haushaltsstrukturen				
Durchschnittliche Haushaltsgröße				
(Personen/Haushalt)	2,6	x	1,8	x
Einpersonenhaushalte	89	18	158 524	52
Haushalte mit Kind(ern)	192	38	50 134	17
Paare ohne Kind	197	39	79 625	26
Sonstige Haushalte	20	4	15 496	5

1) Grundlage: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987

1.2 Befragte in der Stadt Bremen

In der Stadt Bremen wurden 500 Personen befragt, davon 259 Männer und 241 Frauen. Unter den Befragten waren 97 Prozent Deutsche und 3 Prozent Ausländer/-innen. Im Vergleich zur Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung der Stadt Bremen besteht hier ein deutlicher Unterschied. Zudem waren die Befragten im Durchschnitt etwas älter als die Gesamtbevölkerung. Die Befragten lebten überwiegend in Paar-Haushalten oder in Haushalten mit Kindern. Auch hier unterscheidet sich die Stichprobe von der tatsächlichen Bevölkerung, in der Einpersonenhaushalte dominieren (Tabelle 1).

Für das Teilmodul „Aktives Altern“ wurden nur die Antworten von Befragten berücksichtigt, die 50 Jahre oder älter waren. Dementsprechend reduziert sich der Umfang der Teilnehmer/-innen. In Bremen gehören 233 der 500 Befragten dieser Generation an. Dies entspricht einem Anteil von 47 Prozent. Die/der älteste Befragte war 92 Jahre alt.

Auch in dieser Altersgruppe wurden etwas mehr Männer (51 Prozent) als Frauen (49 Prozent) erreicht.⁴⁾

⁴⁾ Zum Befragungsdesign und zur Durchführung siehe auch: Barbara Rösel (2014): Lebensqualität in Bremen: Ergebnisse einer Bürgerbefragung. Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistischer Beitrag.

1.3 Gewichtung und Repräsentativität

In der Befragungspraxis ist es kaum möglich, dass eine Zufallsstichprobe die Bevölkerungsstruktur exakt abbildet. Um eventuelle Ungleichgewichte auszugleichen, werden die einzelnen Fälle gewichtet. Die Gewichtungsfaktoren ergeben sich dabei aus der tatsächlichen Bevölkerungsverteilung nach der amtlichen Statistik. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse für die Stadt Bremen bzw. die Vergleichsstädte basieren auf einer Gewichtung nach Geschlecht und Alter. Somit sind die Ergebnisse repräsentativ für die Gesamtbevölkerung.

Die Zuverlässigkeit der Aussagen hängt von der Stichprobengröße und dem ermittelten Untersuchungsergebnis ab. Zudem wird ein Konfidenzniveau von 95 Prozent angenommen. Bei einer Stichprobengröße von 500 und einem Ergebnis von 50 Prozent würde die Schwankungsbreite dann +/- 6,2 Prozent betragen, d. h. der wahre Wert liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zwischen 43,8 und 56,2 Prozent.

2 Teilmodul „Inklusion“⁵⁾

2.1 Hintergrund

Die 2009 in Deutschland in Kraft getretene UN-Konvention über die „Rechte von Menschen mit Behinderungen“ hat die gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme betroffener Personen am gesellschaftlichen Leben zum Ziel. Die

⁵⁾ Den folgenden Ausführungen liegt eine Veröffentlichung der Stadt Wiesbaden zugrunde. Wir danken der Stadt Wiesbaden für die Freigabe der (sinngemäßen) Zitate: Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (Hrsg.): Inklusion im Wiesbadener Meinungsbild. Wiesbadener Stadtanalysen. Wiesbaden 2013.

Vereinten Nationen einigten sich auf die Förderung und Verwirklichung des Zieles der Inklusion, die es behinderten Menschen ermöglicht, entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.⁶⁾ Mediale Präsenz hat das Thema Inklusion vor allem im Bereich Bildung. Allerdings berührt das Thema eine Vielzahl öffentlicher Planungsbereiche wie Mobilität, Arbeit und Wohnen.

Mit der Befragung wird die Einstellung der Bremerinnen und Bremer zu verschiedenen Aspekten des Themas Inklusion ermittelt. Wie kommt die Bevölkerung in Bremen mit dem Thema in Berührung und wie wird es wahrgenommen? Inwieweit sind die Bremerinnen und Bremer selbst oder durch das persönliche Umfeld von Behinderung betroffen? Wie wird die aktuelle Situation hinsichtlich behindertenfreundlicher Infrastruktur beurteilt und wo besteht Handlungsbedarf? Wie wird allgemein mit dem Thema umgegangen und welche Einstellungen haben die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bremen gegenüber behinderten Menschen?

In der Stadt Wiesbaden wurde die Befragung ebenfalls durchgeführt, auf die Ergebnisse wird im Text verwiesen.

2.2 Menschen mit Behinderung in der Stadt Bremen

Die Frage, welche Personen als behindert gelten und was eine Behinderung ausmacht, wird unterschiedlich beantwortet. Die Vereinten Nationen definieren eine Behinderung als „angeborene

oder erworbene Schädigung körperlicher oder geistiger Art.“ Behinderte Menschen sind demnach nicht „in der Lage, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein Nichtbehinderter die entsprechende Stellung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft zu sichern“. ⁷⁾ In Deutschland regelt das SGB IX, was unter einer Behinderung zu verstehen ist. „Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.“ ⁸⁾ Eine Gemeinsamkeit der Definitionen ergibt sich vor allem aus der eingeschränkten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Genaue Zahlen, wie viele Menschen mit Behinderung in Bremen leben, gibt es nicht. Statistisch erfasst werden nur die Personen, die über eine amtlich anerkannte Behinderung verfügen, also diejenigen, die mit dem Schwerbehindertenstatus auch einen Schwerbehindertenausweis besitzen. Als schwerbehindert gelten Personen mit einem Behinderungsgrad ab 50 Prozent. ⁹⁾

Zum Jahresende 2013 lebten in der Stadt Bremen 46 399 Menschen mit einer amtlich anerkannten Behinderung. Absolut ist die Anzahl der amtlich anerkannten Schwerbehinderten von 2003 bis 2013 leicht gesunken (ca. -100 Personen). Der Anteil an der Bevölkerung blieb unverändert bei 8,5 Prozent. Insgesamt sind in Bremen mehr Frauen

(53 Prozent) als Männer (47 Prozent) betroffen. Die häufigste Ursache für eine amtlich anerkannte Behinderung in Bremen ist eine Krankheit (94 Prozent). 3 Prozent aller betroffenen Personen in Bremen leiden hingegen unter einer angeborenen Behinderung. ¹⁰⁾

Da ein Großteil der Schwerbehinderten aus einer Krankheit resultiert, sind besonders ältere Menschen betroffen. Mehr als die Hälfte der amtlich anerkannten Behinderten in Bremen sind älter als 65 Jahre, während weniger als 2 Prozent unter 18 Jahre alt sind. Beinahe jede vierte Person unter den 65-Jährigen und älteren (22,5 Prozent) leidet an einer amtlich anerkannten Schwerbehinderung. ¹¹⁾ Die gesundheitlich stark beeinträchtigten Menschen sowie die Personen, die keinen Antrag auf Anerkennung der Schwerbehinderung stellen, sind hier nicht berücksichtigt, sodass von einer deutlich höheren Zahl auszugehen ist.

Knapp ein Drittel der behinderten Menschen Bremens haben einen Behinderungsgrad von 50 Prozent. Den anteilmäßig zweithöchsten Wert weist die Personengruppe mit einem Behinderungsgrad von 100 Prozent auf. Hiervon sind knapp 22 Prozent der behinderten Bremerinnen und Bremer betroffen. Im Vergleich zu 2003 ist der Anteil konstant geblieben. Der Anteil der behinderten Menschen mit einem Behinderungsgrad von 50 Prozent hat hingegen um knapp 3 Prozentpunkte zugenommen. ¹²⁾

6 BGBL (Bundesgesetzblatt) (2008): Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, In: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2008 Teil II Nr. 35, Bundesanzeiger Verlag, Bonn, S. 1419-1457

7 UNO (Vereinte Nationen) (1975): Erklärung über die Rechte der Behinderten, URL: <http://www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar3447-xxx.pdf> (Abgerufen am 12.08.2014).

8 SGB IX §2 Abs. 1

9 SGB IX §2 Abs. 2

10 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.) (2014): Bremen in Zahlen 2014.

11 Statistisches Landesamt Bremen (2014b): Datenbank „Bremen Infosystem“, Tabelle 338-41 und 338-43, Stand 13.08.2014. www.statistik.bremen.de

12 Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.) (2014): Bremen in Zahlen 2014.

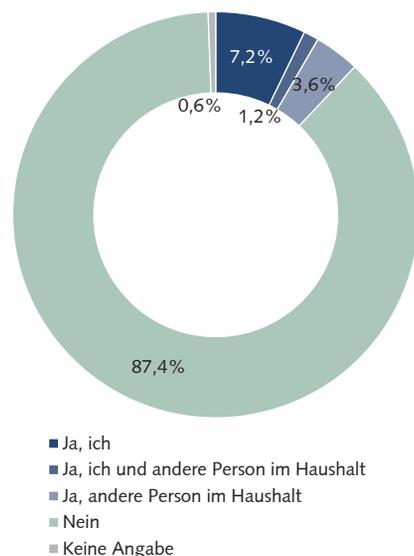
2.3 Ergebnisse der Befragung in der Stadt Bremen

Betroffenheit der Befragten und Kontakt zu behinderten Menschen

Von den 500 Befragten in der Stadt Bremen waren 12 Prozent direkt oder indirekt von einer Behinderung betroffen (Abbildung 1): sie haben selbst eine Behinderung (8,4 Prozent) und/oder leben mit einer behinderten Person in einem Haushalt zusammen (3,6 Prozent). In Anbetracht des Anteils der schwerbehinderten Menschen an der Gesamtbevölkerung Bremens (8,5 Prozent) ist diese Personengruppe bei der Befragung durchschnittlich erreicht worden.

Von den 42 Bremer Befragten, die selbst eine Behinderung haben, verfügen weniger als drei Viertel über eine

Abbildung 1
Sind Sie selbst oder eine andere Person in Ihrem Haushalt behindert? (Frage IN3)



amtlich anerkannte Schwerbehinderung. Ein Behinderungsgrad von 50 Prozent ist am häufigsten. Bei den im Haushalt lebenden Betroffenen sind mehr als drei Viertel amtlich anerkannte Schwerbehinderte.

Von den Befragten, die selbst von einer Behinderung betroffen sind, haben zwei eine Mehrfachbehinderung. Insgesamt dominieren körperliche Behinderungen (89 Prozent), seelische oder sensorische Behinderungen werden selten genannt (Tabelle 2).

Anders verhält es sich bei den im Haushalt lebenden Betroffenen. Mehrfachbehinderungen kommen hier öfter vor (5 Fälle). Körperliche Behinderungen stellen auch hier die am häufigsten genannte Behinderung dar (61 Prozent), geistige Behinderungen kommen bei einem Viertel der Betroffenen vor (Tabelle 2).

Zwar weisen nur wenige Befragte selbst eine Behinderung auf, dennoch geben 80 Prozent der Befragten an, in einem oder mehreren Lebensbereiche Kontakt zu behinderten Menschen zu haben. Am häufigsten werden der engere Freundes- und Bekanntenkreis genannt (180 Nennungen). Es folgen Kontakte in der Familie oder näheren Verwandtschaft (126 Nennungen), in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz (Abbildung 2). 102 der Befragten aus Bremen (20 Prozent) haben keinen Kontakt zu Behinderten. In Wiesbaden fällt der Anteil der Befragten ohne jegliche Kontakte etwas höher aus (25 Prozent).

Nun stellt sich die Frage, wer Kontakte zu Behinderten hat. Die meisten der direkt oder indirekt Betroffenen (90 Prozent) haben in ihrem persönlichen Umfeld Kontakt zu anderen Menschen mit Behinderungen. 80 Prozent der befragten Männer haben Kontakte zu Behinderten. Der Anteil ist geringfügig höher

als bei den befragten Frauen (79 Prozent). Je älter die Befragten waren, umso häufiger hatten sie Kontakt zu behinderten Menschen. So gaben 71 Prozent der befragten Jugendlichen bis 24 Jahre an, Kontakt zu behinderten Menschen zu haben. Die älteren Befragten der Altersgruppe der über 54-Jährigen stehen mit einem Anteil von knapp 84 Prozent deutlich mehr in Kontakt mit Behinderten. Befragte mit höherem Bildungsabschluss (Abitur) haben häufiger Kontakt zu Behinderten als Befragte mit niedrigerem Bildungsabschluss. Diese Tendenz ist auch in Wiesbaden zu beobachten.

Bekanntheit der UN-Behindertenrechtskonvention

Ein Großteil der Befragten hat zwar Kontakt zu Menschen mit Behinderungen im persönlichen Umfeld, die Bekanntheit der UN-Behindertenrechtskonvention ist jedoch gering. Nur 38 Prozent der Bremerinnen und Bremer haben zum Zeitpunkt der Befragung bereits von dieser gehört. Der Großteil (61 Prozent) hörte durch die Umfrage zum ersten Mal von der Konvention. Dies sind ähnliche Ergebnisse wie in Wiesbaden.

Wie zu erwarten, haben Personen die selbst betroffen sind, schon häufiger von der UN-Behindertenrechtskonvention gehört. Mit einem Anteil von 48 Prozent kennt aber nicht einmal jeder Zweite die Konvention. Menschen mit persönlichen Kontakten zu Behinderten haben öfter (40 Prozent) von der Konvention gehört als Menschen ohne Kontakte (30 Prozent). Männer scheinen besser informiert zu sein als Frauen (40 Prozent zu 35 Prozent). Die Bekanntheit des Themas steigt mit dem Alter. Während 84 Prozent der befragten 15- bis 24-Jährigen zum ersten Mal von der Behinder-

tenrechtskonvention gehört haben, ist es bei den Personen über 65 Jahren weniger als die Hälfte. Auch mit steigendem Bildungsgrad sind die befragten Personen besser „im Bilde“. Dennoch kennt nicht einmal die Hälfte der Befragten mit Abitur (43 Prozent) die Konvention.

Einschätzung der Befragten über den Ist-Stand der Inklusion und der politischen Priorität

Die UN-Konvention ist laut Befragungsergebnissen nur wenig bekannt, dennoch haben die Meisten eine subjektive Meinung dazu, wie gut das Ziel der Inklusion verwirklicht ist. Das Urteil fällt dabei nicht gut aus, 50 Prozent der Befragten halten den Stand der Umsetzung für „Eher weniger gut“, nur 28 Prozent für „Eher gut“. Menschen, die direkt oder indirekt von einer Behinderung betroffen sind, schätzen die Situation jedoch besser ein als Nichtbetroffene (Tabelle 3). Frauen beurteilen die Verwirklichung der Inklusion kritischer als Männer, ebenso Befragte mit höherem Bildungsabschluss.

In den meisten der betrachteten Gruppen beträgt der Anteil derer, die die Situation nicht beurteilen können, über 20 Prozent. In Wiesbaden ist dieser Anteil bei allen Befragten noch deutlich höher (36 Prozent).

Die Personen, die selbst behindert sind oder mit einem behinderten Menschen in einem Haushalt leben, sind bei der Beurteilung weniger kritisch. Eine mögliche Erklärung ist die alltägliche Erfahrung mit dem Thema, sodass der tatsächliche Ist-Stand besser eingeschätzt werden kann.

Jeder zweite Befragte gibt an, dass die Inklusion von Menschen mit Behinderungen eine höhere Priorität bekommen

Tabelle 2
Art der Behinderung der direkt und indirekt von Behinderung betroffenen Befragten (Mehrfachnennungen möglich; Fragen IN3a und IN3b)

Art der Behinderung	Selbst Behindert		Lebt mit betroffener Person im Haushalt	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Alle Nennungen	44	100	31	100
Körperliche Behinderung	39	89	19	61
Geistige Behinderung	0	0	8	26
Sensorische Behinderung	2	5	0	0
Seelische Behinderung	2	5	3	10
Weiß nicht/Keine Angabe	1	2	1	3

Abbildung 2
Kennensie in Ihrem näheren persönlichen Umfeld Menschen mit Behinderungen? (Mehrfachnennungen möglich; Frage IN2)

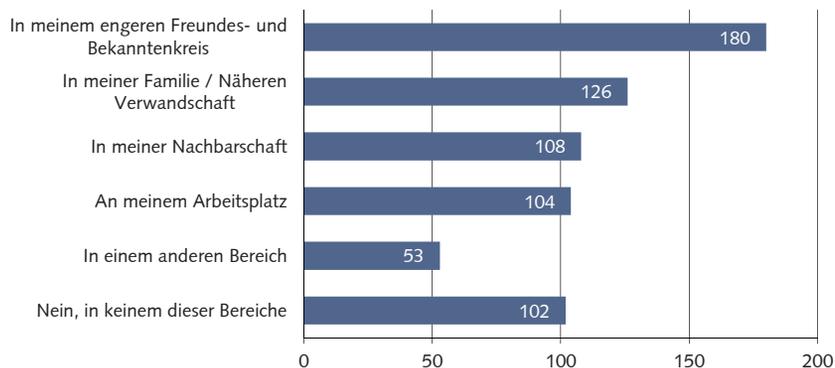
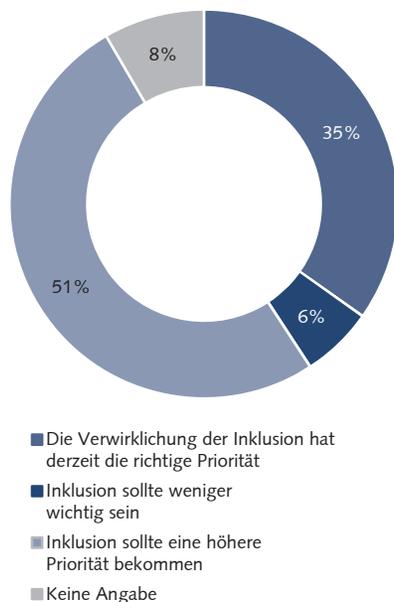


Tabelle 3
Was meinen Sie, wie gut ist das Ziel der Inklusion in Bremen bislang verwirklicht? (Frage IN6)

	Direkt oder indirekt Betroffene	Nicht Betroffene	Alle
	%		
Insgesamt	100	100	100
Eher gut	31	28	28
Eher weniger gut	45	51	50
Kann ich nicht beurteilen	24	21	22
Keine Angabe	0	0	0

Abbildung 11
Was meinen Sie, hat das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderungen derzeit in Bremen die richtige Priorität, sollte es gegenüber anderen öffentlichen Aufgaben eine höhere Priorität bekommen oder sollte es eine geringere Priorität bekommen als derzeit? (Frage IN8)



sollte. Dennoch ist der Anteil der Befragten, für die das Thema die richtige Priorität hat, ebenfalls recht hoch (35 Prozent). Nur 6 Prozent sind der Meinung, Inklusion sollte weniger wichtig sein (Abbildung 3).

Eine etwas höhere Priorisierung des Themas wird von Personen gefordert, die selbst direkt oder indirekt von Behinderung betroffen sind (56 Prozent). Frauen fordern eine höhere Priorisierung als Männer und Jüngere (unter 55 Jahre) als Ältere (55 Jahre und älter).

In allen betrachteten Gruppen gibt es mehr Stimmen für eine höhere Priorität als für die Aussagen „Hat derzeit die

richtige Priorität“ oder „Sollte weniger wichtig sein“.

Beurteilung der Behindertenfreundlichkeit der städtischen Infrastruktur Bremens

Inwieweit Menschen mit Behinderungen in den Alltag integriert sind bzw. welche Einschränkungen sie durch ihre Behinderung erfahren, hängt nicht nur von dem Umgang mit den Mitmenschen oder der Art und Schwere der eigenen Behinderung, sondern auch von der Qualität und dem Angebot städtischer Infrastruktur ab. Insofern ist es besonders für die Entscheidungsträger der Kommunen und Städte interessant, wie behindertenfreundlich die Infrastruktur wahrgenommen wird und wo es noch Handlungsbedarf gibt. Die Ergebnisse repräsentieren jedoch lediglich die allgemeine Wahrnehmung und können dem Anspruch und den Bedürfnissen, die sich aus den verschiedenen Arten der Behinderung der Betroffenen ergeben, nicht gerecht werden. Je nach dem Informationsstand der Befragten sowie dem persönlichen Kontakt, ergeben sich unterschiedliche Einschätzungen über die Qualität der Infrastruktur in Bezug auf ihre Behindertenfreundlichkeit.

Insgesamt wurden die Befragten um eine Beurteilung der Infrastruktur Bremens in 11 Punkten gebeten. Die Antwortmöglichkeiten lauteten „Davon gibt es zuviel“, „Ist gerade richtig“, „Davon gibt es zu wenig“ und „Kann ich nicht beurteilen“ (Anhang, Frage IN7).

Über alle betrachteten Bereiche hinweg antworten 43 Prozent der befragten Personen mit „Ist gerade richtig“, „Davon gibt es zu wenig“ antworten 34 Prozent, viele sind der Ansicht, dass sie dies nicht beurteilen können (22 Pro-

zent) (Tabelle 4). Die Meinung, dass es ein Zuviel an Möglichkeiten im öffentlichen Raum für Menschen mit Behinderungen gibt, vertritt so gut wie niemand.

Frauen sind mit ihrer Einschätzung kritischer als Männer, sie antworten häufiger mit „zu wenig“ (38 Prozent), und entsprechend seltener mit „gerade richtig“, jedoch geben sie auch häufiger keine Beurteilung ab. Mit steigendem Alter scheint auch die kritische Einschätzung der behindertengerechten städtischen Infrastruktur zuzunehmen. Es überrascht nicht, dass selbst Betroffene häufiger der Meinung sind, es gäbe zu wenig Angebote vor Ort für Menschen mit Behinderungen als nicht betroffene.

Mit der Befragung wurden 60 direkt bzw. indirekt Betroffene mit verschiedenen Behinderungen und Behinderungsgraden erreicht. Trotz der geringen Fallzahl und der unterschiedlichen Bedürfnisse und Ansprüche, die die Betroffenen an die städtische Infrastruktur haben, werden die Antworten dieser Personengruppe den Antworten der Nichtbetroffenen gegenübergestellt. (Abbildung 4). Die geringe Fallzahl bedeutet eine hohe Irrtumswahrscheinlichkeit und die Ergebnisse sind nur mit Einschränkungen auf die Gesamtheit übertragbar, eine Tendenz ist aber ersichtlich.

Auffällig ist, dass sowohl Betroffene als auch Nicht-Betroffene häufig kein Urteil abgeben können oder möchten. Der Anteil schwankt bei den 11 Fragen zwischen 5 („Behindertengerechte öffentliche Verkehrsmittel“) und 41 Prozent („Behindertengerechte Freizeitangebote“). In Bremen trauen sich jedoch deutlich mehr Befragte eine Einschätzung über die Behindertenfreundlichkeit der Infrastruktur zu als in Wiesbaden. Dort liegt der Anteil der „Kann ich nicht

Tabelle 4
Durchschnittliche Bewertung der Angebote vor Ort nach Alter und Geschlecht (Frage IN7)

	Gesamt	Geschlecht		Alter			Selbst betroffen	
		Männer	Frauen	15-34 Jahre	35-54 Jahre	55+ Jahre	Ja	Nein
	%							
Abgegebene Antworten	100	100	100	100	100	100	100	100
Davon gibt es zu wenig	34	31	38	30	36	36	43	33
Ist gerade richtig	43	48	37	45	42	42	37	43
Davon gibt es zu viel	1	1	1	1	1	1	1	1
Kann ich nicht beurteilen	22	20	24	24	22	21	20	22

beurteilen“-Antworten zwischen 11 und 57 Prozent.

Obwohl die Bewertung der einzelnen Bereiche sehr unterschiedlich ausfällt, beurteilen Betroffene und Nicht-Betroffene in der Tendenz die Situation meist ähnlich, wobei Betroffene, von einer Ausnahme abgesehen, häufiger „Davon gibt es zuwenig“ antworten (Abbildung 4).

Fünf Bereiche werden sowohl von Behinderten und Nicht-Behinderten positiv bewertet, d. h. die Antworten „Ist gerade richtig“ überwiegen. Am wenigsten Kritik gibt es an der Ausstattung mit Parkplätzen für Schwerbehinderte und mit behindertengerechten öffentlichen Verkehrsmitteln. Schulen und weiterführende Bildungseinrichtungen, Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie barrierefreie öffentlich zugängliche Plätze und Gebäude zählen auch hierzu.

Das Angebot an behindertengerechten Freizeitangeboten wird von beiden Gruppen ähnlich beurteilt, wobei jedoch ca. 40 Prozent der Befragten der Meinung sind, sie können dies nicht beurteilen.

Das Angebot an behindertengerechten Verkehrswegen und gut lesbaren und verständlichen Ausschielderungen und Orientierungshilfen wird von Nicht-Betroffenen besser bewertet als von Betroffenen.

In beiden Gruppen besteht Einigkeit, dass es zu wenig Arbeits- und Ausbildungsplätze und Wohnungen gibt, die auf die Bedürfnisse von behinderten Menschen ausgerichtet sind. Bei den Arbeitsplätzen wird die unterschiedliche Einschätzung durch Betroffene und Nicht-Betroffene am deutlichsten. Problematisch wird sowohl von Behinderten als auch von Nicht-Behinderten der Zugang zu barrierefreien öffentlichen Toiletten bewertet.

Insgesamt wird der Ist-Zustand der städtischen Infrastruktur hinsichtlich der Behindertenfreundlichkeit in Bremen besser beurteilt als in Wiesbaden. Allerdings lässt der kritische Tenor der Betroffenen, zumindest in einigen Bereichen, vermuten, dass auch hier weiterer Handlungsbedarf besteht.

Einstellungen und Wahrnehmungen gegenüber dem Thema Inklusion und Menschen mit Behinderungen

Mehr als die Hälfte der Befragten ist der Meinung, das Thema Inklusion sollte gegenüber anderen öffentlichen Aufgaben eine höhere Priorität bekommen, etwa ein Drittel der Befragten, unabhängig davon, ob sie von einer Behinderung betroffen sind oder nicht, sind der Mei-

nung, das Thema Inklusion hätte derzeit die richtige Priorität (Abbildung 2).

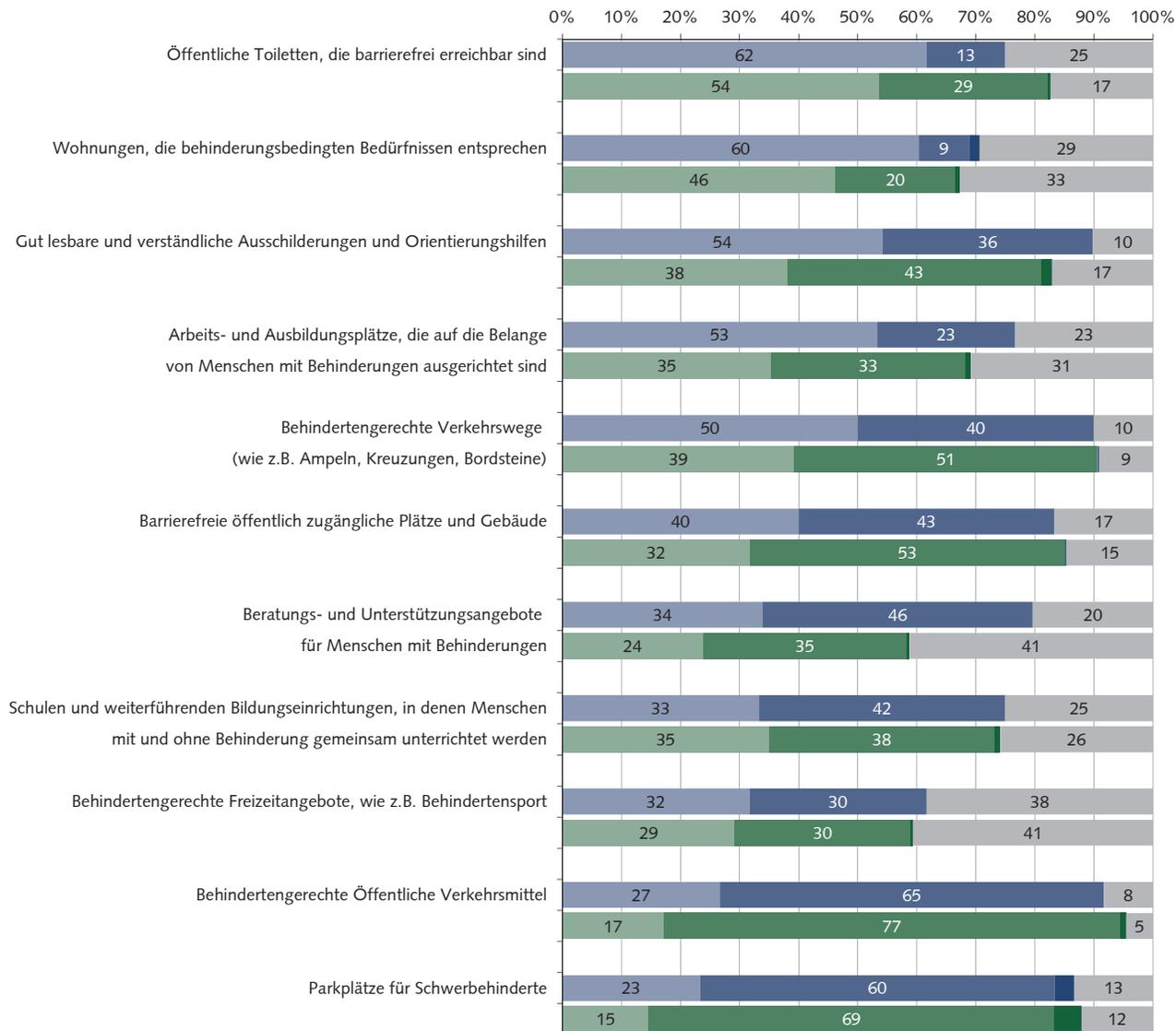
Dies spiegelt sich auch in den Einstellungen und Wahrnehmungen der Befragten gegenüber Menschen mit Behinderungen wider (Abbildung 5):

Insgesamt stehen die Bremerinnen und Bremer dem Thema positiv gegenüber. Über 90 Prozent der Befragten stimmen (sehr) zu, dass die Verwirklichung von Inklusion ein wertvolles Ziel sei. Fast alle befragten Personen können sich auch vorstellen, mit einem Menschen mit Behinderung befreundet zu sein (98 Prozent), 75 Prozent stimmen dem sogar sehr zu. Die Tatsache, dass vier von fünf Befragten bereits Kontakt zu behinderten Personen haben, unterstreicht dies (s. o.).

Weniger einig sind sich die Befragten bei dem Thema finanzielle Mittel bzw. öffentliche Gelder und Inklusion. Zwar ist mehr als die Hälfte der Befragten nicht der Meinung, dass das Geld für die Verwirklichung der Inklusion an anderer Stelle fehlt, jedoch stimmen 37 Prozent dem (sehr) zu. Auch wenn die Bremerinnen und Bremer grundsätzlich offen gegenüber dem Thema Inklusion und der Teilhabe behinderter Menschen am Alltag sind, scheint es bei der Frage nach dem finanziellen Aufwand zur Verwirklichung des Ziels Skepsis zu geben. Dieser

Abbildung 4

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die das Leben für Menschen mit Behinderungen einfacher machen. Was meinen Sie zu den folgenden Angeboten vor Ort: Gibt es davon zu wenig - ist das gerade richtig - gibt es davon zu viel oder - können Sie das nicht beurteilen? (Frage IN7)



Legende:

Anteile unter 5 Prozent sind nicht beschriftet.

Direkt oder indirekt Betroffene ■ Davon gibt es zu wenig ■ Ist gerade richtig ■ Davon gibt es zu viel ■ Kann ich nicht beurteilen
 Nicht-Betroffene ■ Davon gibt es zu wenig ■ Ist gerade richtig ■ Davon gibt es zu viel ■ Kann ich nicht beurteilen

Aspekt ist jedoch kein bremsendes Phänomen, auch in Wiesbaden vertreten 31 Prozent der Befragten die Meinung, dass das in die Inklusion investierte Geld an anderer Stelle fehle.

Bei der weiteren Differenzierung der Antworten nach sozio-demografischen Merkmalen zeichnet sich ein typisches Bild ab. Frauen stehen dem Thema Inklusion und der Wahrnehmung von behinderten Menschen im Alltag etwas offener gegenüber als Männer, ebenso die älteren Befragten. Grundsätzlich steigt die Zustimmung für die jeweiligen Aspekte mit steigendem Bildungsgrad.

2.4 Fazit „Inklusion“

Die UN-Konvention über die „Rechte von Menschen mit Behinderungen“ ist 2009 auch in Deutschland in Kraft getreten und findet besonders in der Verwirk-

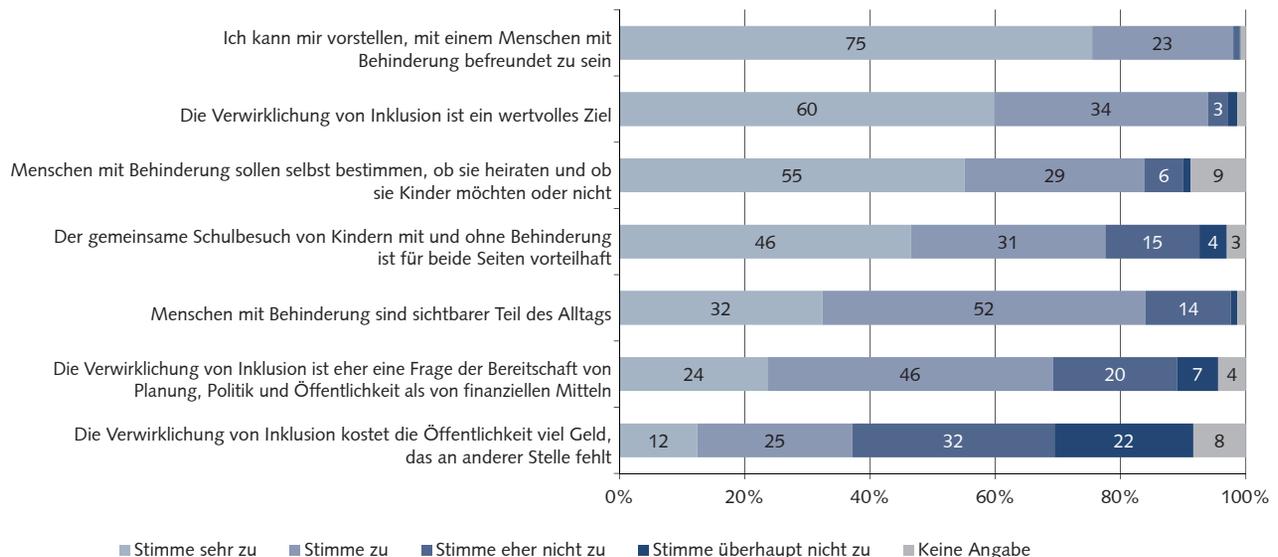
lichung des Inklusionszieles Anwendung. Das Erweiterungsmodul „Inklusion“ der Erhebung zur Lebensqualität in Städten schenkt diesem Thema besondere Beachtung. Somit spiegeln die Ergebnisse nicht nur eine allgemeine Beurteilung der Ist-Situation der behindertenfreundlichen Stadtqualität durch die Bürgerinnen und Bürger wieder, sondern liefern auch Ansatzpunkte für Verbesserungen.

Unter den 500 Befragten waren 42 behinderte Personen und 18 weitere, die mit einer behinderten Person im Haushalt leben. Die Aussagen der Betroffenen sind daher nur bedingt repräsentativ, zumal die Bedürfnisse und Wünsche behinderter Menschen an ihre Umgebung individuell sehr unterschiedlich sind. Dennoch zeigen sie einen Trend auf und sind von besonderer Relevanz für die Auswertung.

Insgesamt zeigen die Befragungsergebnisse, dass die Bürgerinnen und Bürger Bremens sehr offen gegenüber dem Thema Inklusion sind. Ein Großteil unterstützt die Zielsetzung der Inklusion und äußert sich kritisch über die Ist-Situation. Auch wenn kaum Berührungspunkte festzustellen sind und 80 Prozent der Befragten in Kontakt mit behinderten Menschen stehen, ist die alltägliche Präsenz des Themas oft schwach ausgeprägt. Anzeichen dafür sind nicht nur die geringe Bekanntheit der UN-Konvention, sondern auch die teilweise recht hohe Neigung der Befragten, die Antwortoption „Kann ich nicht beurteilen“ zu wählen.

Auch wenn Kontakt zu behinderten Menschen besteht, haben ca. zwei Drittel der Befragten durch die Befragung zum ersten Mal von der UN-Konvention gehört. Wichtiger als die Bekanntheit

Abbildung 5
Einstellungen und Wahrnehmungen zum Thema Inklusion und gegenüber Menschen mit Behinderungen (Frage IN9)



der Konvention ist die Einschätzung über den Ist-Stand der Inklusion in Bremen. Die Ergebnisse zeigen, dass auch hier Handlungsbedarf besteht – nur knapp 30 Prozent der Befragten beurteilen die Verwirklichung des Inklusionszieles als „Eher gut“. Die kritischen Stimmen überwiegen sowohl bei der Betroffenen als auch bei den Nicht-Betroffenen. Es ist eine logische Konsequenz, dass jeder zweite Befragte der Meinung ist, dass Inklusion eine höhere Priorität bekommen sollte.

Konkreter werden die Ergebnisse bei der Beurteilung von 11 verschiedenen Bereichen der städtischen Infrastruktur bezüglich ihrer Behindertenfreundlichkeit. Sowohl die Betroffenen als auch die Nicht-Betroffenen identifizieren die größten Mängel bei der Barrierefreiheit öffentlicher Toiletten und der Wohnsituation. Die Parkplatzsituation und die Verfügbarkeit öffentlicher behindertengerechter Verkehrsmittel empfinden die Befragten größtenteils als positiv. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Befragten in Bremen zufriedener mit der Behindertenfreundlichkeit der Infrastruktur sind als die Wiesbadener, dennoch ist der Anteil der kritischen Antworten bei einigen Aspekten sehr hoch.

Deutlich positiver hingegen fällt die Einstellung bzw. die Wahrnehmung der Bremerinnen und Bremer gegenüber dem Thema Inklusion aus. 90 Prozent der Befragten halten die Verwirklichung des Inklusionszieles für wertvoll. Fast alle Befragten (99 Prozent) können sich vorstellen, mit einem Behinderten befreundet zu sein. Dies unterstreicht die Bremer Offenheit gegenüber dem Thema und lässt auch eine positive Entwicklung bei der Verwirklichung der Ziele vermuten.

3 Teilmodul „Aktives Altern“

3.1 Hintergrund

Eine alternde Bevölkerung im Zuge des demografischen Wandels erfordert neue Lösungen, um das vorhandene Potential, das ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger durch eine steigende Lebenserwartung und verbesserte physische Konstitution haben, gesellschaftlich zu nutzen. Das Thema „Aktives Altern“ spielt in den Lösungsansätzen eine übergeordnete Rolle.

Mit diesem Thema beschäftigt sich u. a. das von der EU initiierte Projekt „TooLS – Werkzeuge für die Entwicklung vergleichbarer Erhebungen auf lokaler Ebene“ mit dem Ziel, die Kommunen mit vergleichbaren Informationen zu versorgen, um die Bewältigung des demografischen Wandels zu erleichtern. Das Projekt untersucht die Chancen und Herausforderungen einer alternden Bevölkerung und die aktive Teilhabe der Generation 50+ am gesellschaftlichen Miteinander.¹³⁾

3.2 Soziodemografische Kennzahlen der drei beteiligten Städte

Bevor die Ergebnisse der Bürgerumfrage vorgestellt werden, soll zunächst ein kurzes Sozialprofil der beteiligten Städte mit Hilfe sozio-demografischer Kennzahlen angelegt werden. Somit können die Unterschiede der Bevölkerungs- und

Sozialstruktur der Städte Bremen, Braunschweig und Oberhausen deutlich gemacht werden, um spätere Erkenntnisse besser einordnen zu können.

Ende 2012 hat die Stadt Bremen eine Einwohnerzahl von 546 451 und ist somit in einer Zeitspanne von zehn Jahren gegenüber 2002 um 0,6 Prozent gewachsen. Der Anteil der Personen über 50 Jahre liegt 2012 bei 41 Prozent und ist somit gegenüber 2002 (39 Prozent) um 2 Prozentpunkte gestiegen. Hierbei ist die Gruppe der 60- bis unter 65-jährigen mit einem Anteil von 17,5 Prozent an der Bevölkerung mit 50 Jahren und mehr am häufigsten vertreten.

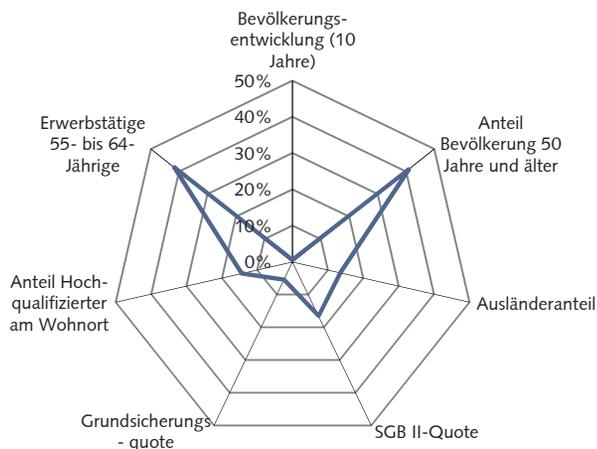
Braunschweig, mit einer Bevölkerungszahl von 245 798, und Oberhausen mit 210 005 Einwohnern in 2012 sind deutlich kleiner als die Stadt Bremen. Beide Städte weisen ein niedrigeres Bevölkerungswachstum als Bremen auf. Braunschweig ist zwischen 2002 und 2012 um 0,1 Prozent gewachsen, wohingegen Oberhausen sogar um 5 Prozent geschrumpft ist. Während Braunschweig über einen gleichen Anteil über 50-Jähriger an der Gesamtbevölkerung verfügt, liegt der Anteil in Oberhausen mit knapp 43 Prozent knapp darüber.¹⁴⁾

Weitere wesentliche Unterschiede sind in der Erwerbstätigkeit älterer Einwohner zu erkennen. Während im Jahr 2012 in Bremen 41,7 Prozent und in Braunschweig 41,2 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren einer Beschäftigung nachgehen, sind es in Oberhausen lediglich 36,7 Prozent. Allerdings lässt sich feststellen, dass die Erwerbstätigkeit der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre deutlich unter der allgemeinen Erwerbstätigenquote in den Städten Bremen (50,8 Prozent),

¹³ Weitere Informationen zum „TooLS-Projekt“ sind unter www.tools-project.eu verfügbar. Im November 2014 wurde in Anlehnung an das Projekt die KOSIS-Gemeinschaft „Aktives Altern“ gegründet. Ziel der Gemeinschaft ist es, regelmäßig Erhebungen zum Thema „Lebensqualität der Generation 50+“ durchzuführen, einschließlich der Verfahrensentwicklung, der gemeinsamen Entwicklung und Anwendung von Methoden zur Datenauswertung sowie des Betriebes eines gemeinsamen Informationsportals.

¹⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014): Regionaldatenbank Deutschland.

Abbildung 6
Sozialprofil Bremen 2012



Braunschweig (54,6 Prozent) und Oberhausen (50,1) liegt¹⁵⁾. Die Altersgruppe 50 bis 55 Jahre ist 2011 mit einem Anteil von knapp 40 Prozent an allen Erwerbstätigen über 50 Jahre am häufigsten vertreten. Immerhin 10 Prozent fallen auf die Altersgruppe, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter ist (über 65 Jahre).¹⁶⁾

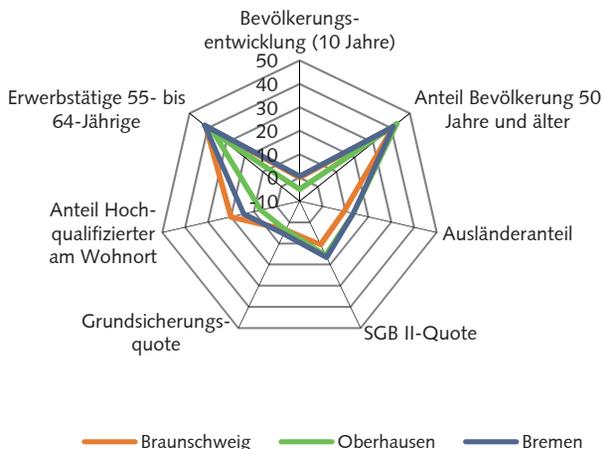
Ein weiterer wichtiger Indikator für einen Überblick über die Erwerbstätigkeit bildet der Anteil Hochqualifizierter am Wohnort ab. In Bremen lag dieser Anteil 2011 bei 14 Prozent. Braunschweig weist mit knapp 20 Prozent einen höheren Wert auf, während Oberhausen mit ca. 7 Prozent hochqualifizierter Beschäftigter am Wohnort deutlich darunter liegt. Allerdings sind Bremen und Braunschweig Universitätsstädte, während in Oberhausen keine Hochschulen sind, was diese Differenz mit erklären kann.¹⁷⁾

15 BertelsmannStiftung (2014): Wegweiser Kommune, URL: <http://www.wegweiser-kommune.de>.

16 Statistisches Landesamt Bremen (2014): Datenbank „Bremen Infosystem“

17 BertelsmannStiftung (2014): Wegweiser Kommune, URL: <http://www.wegweiser-kommune.de>.

Abbildung 7
Sozialprofile Bremen, Braunschweig und Oberhausen 2012



Weitere Rückschlüsse auf das soziale Profil der Städte lässt der Ausländeranteil zu. Während das Niveau in Bremen und Oberhausen 2012 identisch ist (13,5 Prozent), weist Braunschweig einen um vier Prozentpunkte niedrigeren Wert auf (9,5 Prozent).¹⁸⁾ Der Anteil der über 50-jährigen ausländischen Bevölkerung liegt 2012 in Bremen jedoch bei lediglich 7,5 Prozent. Dieser Wert hat sich in den letzten 10 Jahren leicht erhöht von einem Anteil von 6,5 Prozent im Jahr 2002.

Auch der Anteil der Leistungsempfänger, ausgedrückt in der SGB II- und der Grundsicherungsquote, gibt Aufschluss über sozio-demografische Merkmale einer Stadt. In Bremen beträgt die SGB II-Quote 2012 16,5 Prozent und übertrifft somit den Anteil der Städte Oberhausen (15,6 Prozent) und Braunschweig (10,6 Prozent).¹⁹⁾ Knapp 20 Prozent der SGB II-Empfänger Bremen sind 50 Jahre

18 BertelsmannStiftung (2014): Wegweiser Kommune, URL: <http://www.wegweiser-kommune.de>.

19 BertelsmannStiftung (2014): Wegweiser Kommune, URL: <http://www.wegweiser-kommune.de>.

oder älter. Auch bei der Höhe der Grundsicherungsquote liegt Bremen 2012 mit einem Wert von 5,4 Prozent über dem Niveau von Oberhausen (3,6 Prozent) und Braunschweig (3,5 Prozent).²⁰⁾

Das Sozialprofil Bremens (Abbildung 6) gibt anhand ausgewählter Indikatoren einen Überblick über die demografischen und sozialen Gegebenheiten. Beim Vergleich zu den anderen teilnehmenden Städten Braunschweig und Oberhausen wird deutlich, dass Bremen insbesondere im Bereich von öffentlichen Sozialleistungen ein höheres Niveau aufweist als die anderen Städte. Beim Bevölkerungswachstum hingegen verzeichnet Bremen einen besseren Wert. Im Bereich der Erwerbstätigkeit älterer Einwohner liegt Bremen ungefähr auf einem Niveau mit Braunschweig. Oberhausen weist hier merklich schlechtere Werte auf (Abbildung 7).

20 Empfänger von Grundsicherung nach SGB XII als Anteil an der Bevölkerung über 65 Jahre. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014)

3.3 Auswertung der Ergebnisse der Bürgerbefragung

In Anlehnung an das o. g. TooLs-Projekt erfolgte in den drei Städten Bremen, Braunschweig und Oberhausen eine gesonderte Umfrage im Rahmen der Bürgerbefragung zum Thema „aktives Altern“. „Aktives Altern“ bezeichnet hierbei „einen Lebensentwurf von Menschen in höheren Altersgruppen (in der folgenden Auswertung „50+“), der durch ein hohes Maß an aktiver gesellschaftlicher Teilhabe gekennzeichnet ist“. Fünf Indikatoren kennzeichnen das „aktive Altern“ und können später zu einem Aktivierungsgrad zusammengefasst werden:

- 1 Ob und in welchem Umfang ältere Menschen erwerbstätig sind.
- 2 Ob sie durch Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen ihre Lernbereitschaft und -fähigkeit erhalten und/oder erweitern.
- 3 Ob und in welchem Umfang sie durch gesellschaftliches Engagement ihr Gemeinwesen bereichern.
- 4 In welchem Umfang ältere Menschen über soziale Kontakte verfügen.
- 5 Der letzte Indikator beschreibt eine grundsätzliche Orientierung, ob bei älteren Menschen eher eine Passivität oder ein aktiver Lebensstil zu erkennen ist (Aktiv-Orientierung).²¹⁾

Ausgewertet wurden nur die Antworten der 233 Befragten in der Altersgruppe „50+“ (siehe Abschnitte 1.2).

Abbildung 8
Aktivierungsgrad der ab 50-Jährigen nach Bildungsabschlüssen in den Städten Bremen, Braunschweig und Oberhausen (Indexzahl)

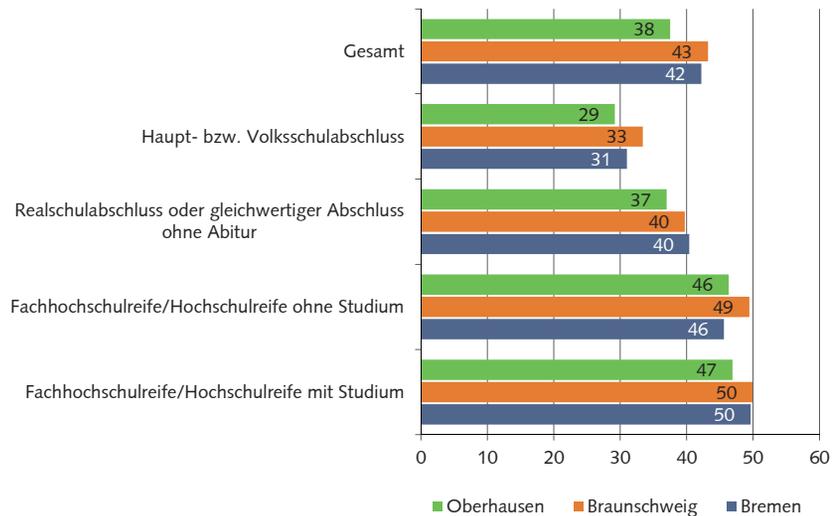
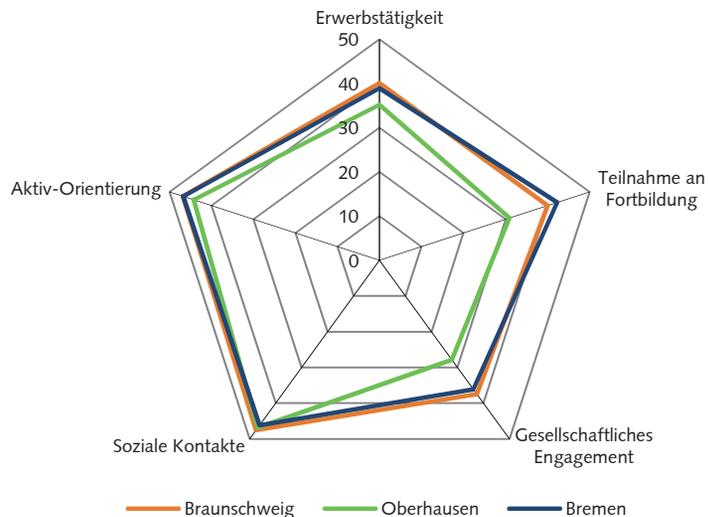


Abbildung 9
Aktivierungsgrad: Ausprägung der Einzelindikatoren in den Städten Bremen, Braunschweig und Oberhausen



²¹ Blinkert, B. (2013): Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels, LIT Verlag, Berlin.

3.4 Aktivierungsgrad

Der Aktivierungsgrad zeigt, inwieweit die Generation 50+ einen aktiven Lebensstil führt oder ob sie eher zu einem passiveren Lebensalltag neigt. Eine aktive Orientierung ist nicht nur durch einen hohen Grad an Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe gekennzeichnet, sondern wird auch über einen hohen Anteil an Erwerbstätigen, einer hohen Inanspruchnahme von Weiterbildungsmöglichkeiten sowie hohem gesellschaftlichen Engagement und einem ausgeprägten Sozialverhalten charakterisiert.

Im Vergleich der teilnehmenden Städte verzeichnen die Befragten in Bremen mit einem Aktivierungsgrad von 42,2 den zweitbesten Wert hinter Braunschweig (43,2). Oberhausen (37,5) bildet das Schlusslicht und liegt dabei merklich unter dem gewichteten Durchschnitt von 40,4. Der Bildungsabschluss weist dabei einen starken Einfluss auf, Personen über 50 Jahre, die über einen höheren Bildungsabschluss verfügen, sind aktiver (Abbildungen 8 und 9).

3.5 Darstellung der einzelnen Indikatoren

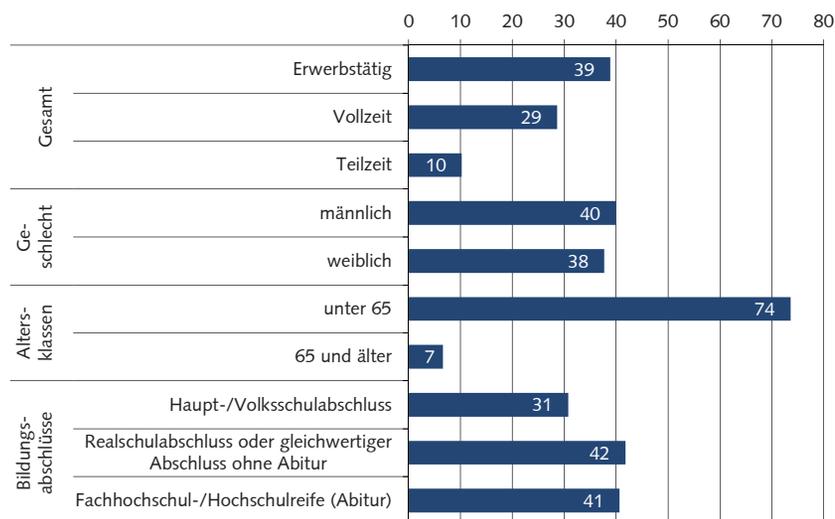
Nachdem der Aktivierungsgrad als Globalindikator bereits einen Überblick über das Maß des „aktiven Alterns“ in den drei Städten gegeben hat, sollen im Folgenden noch einmal die Einzelindikatoren bzw. die dazu passenden Befragungsergebnisse vorgestellt werden.

Erwerbstätigkeit der 50-jährigen und älteren Befragten

Rückschlüsse über die berufliche Tätigkeit der 50-jährigen und älteren Personen ergeben sich aus der Fragestellung,

Abbildung 10
Erwerbstätigkeit der ab 50-Jährigen in der Stadt Bremen nach verschiedenen Merkmalen (Frage AA1)

Anteile in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe



ob die Befragten im Vormonat einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen sind oder nicht.

Demnach sind 29 Prozent der Bremerinnen und Bremer der Generation 50+ noch vollzeitig erwerbstätig, knapp 10 Prozent üben einen Teilzeitberuf aus (Abbildung 10). Von den unter 65-Jährigen sind 74 Prozent erwerbstätig, nur wenige (7 Prozent) sind auch jenseits der 65 noch erwerbstätig. In Braunschweig sind etwas mehr Befragte der Generation 50+ in Vollzeit erwerbstätig (32 Prozent), während in Oberhausen ein niedrigerer Anteil Vollzeit-Erwerbstätiger vorherrscht (25 Prozent). In beiden Städten liegt die Teilzeitbeschäftigungsquote der 50-Jährigen und älteren auf einem höheren Niveau als in Bremen.

Menschen mit höheren Schulabschlüssen sind häufiger erwerbstätig als

diejenigen mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss.

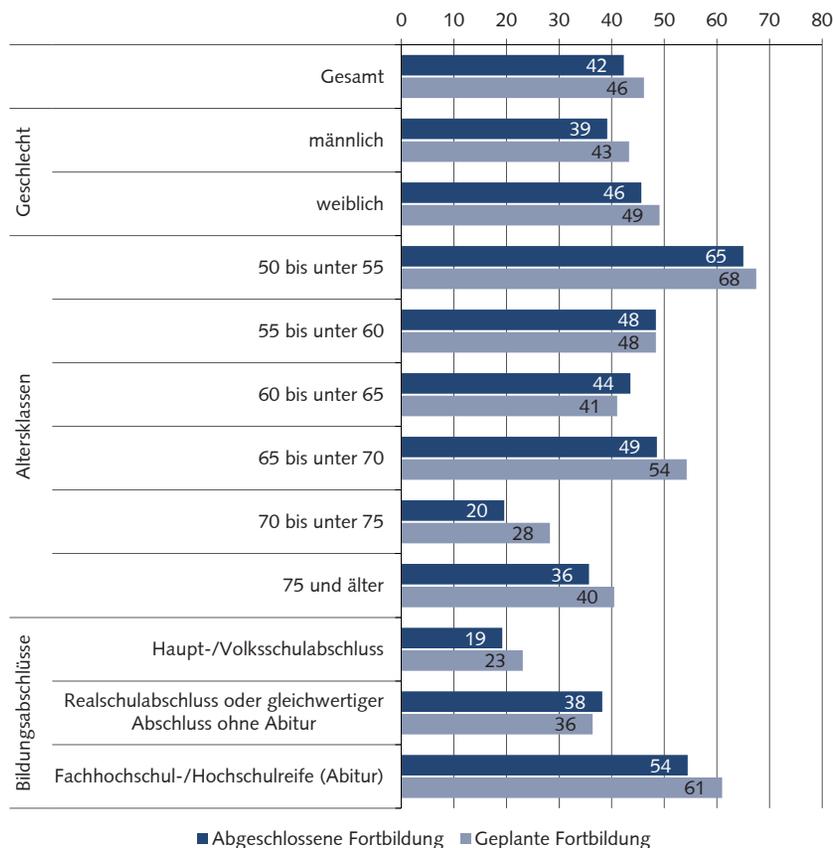
Teilnahme an Fortbildungen

Durch eine längere Erwerbstätigkeit im Alter rückt auch die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen in den Fokus und bildet einen Indikator für das „aktive Altern“.

Insgesamt nahmen 42 Prozent der Befragten in Bremen in den 12 Vormonaten an einer Fortbildungsveranstaltung teil, 46 Prozent planen eine Teilnahme für die Folgemonate. Beide Werte liegen über den Werten in Braunschweig und Oberhausen.

Besonders auffällig ist die Teilnahme der 50- bis unter 55-jährigen Befragten. 65 Prozent dieser Altersgruppe nahmen an einer Weiterbildungsveranstaltung teil. 68 Prozent planen eine Teilnahme

Abbildung 11
Durchgeführte bzw. geplante Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung der ab 50-Jährigen
in der Stadt Bremen nach verschiedenen Merkmalen (Fragen AA3 und AA4)
 Anteile in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe



an einer solchen Veranstaltung. Auch die Fortbildungsaktivitäten der 65- bis unter 70-Jährigen fallen recht hoch aus. Demnach haben 49 Prozent an einer Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen und über 50 Prozent planen dies. Somit liegt die Weiterbildungsneigung der Bremer Befragten in einigen Altersgruppen deutlich über den Werten in Oberhausen und Braunschweig. Lediglich die 70 bis unter 75-Jährigen sind weniger aktiv (ca.

20 Prozent mit Teilnahme und 28 Prozent mit geplanter Teilnahme) (Abbildung 11).

Bei der Differenzierung nach dem Geschlecht wird deutlich, dass mehr Frauen an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen als Männer (Knapp 46 Prozent gegenüber 39 Prozent). Dies trifft ebenso auf die geplante Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zu.

Beim Zusammenhang zwischen den Schulabschlüssen und der Teilnahme an Fortbildungen zeigt sich, dass Menschen mit höheren Abschlüssen deutlich häufiger an Maßnahmen teilnehmen bzw. diese planen.

Gesellschaftliches Engagement

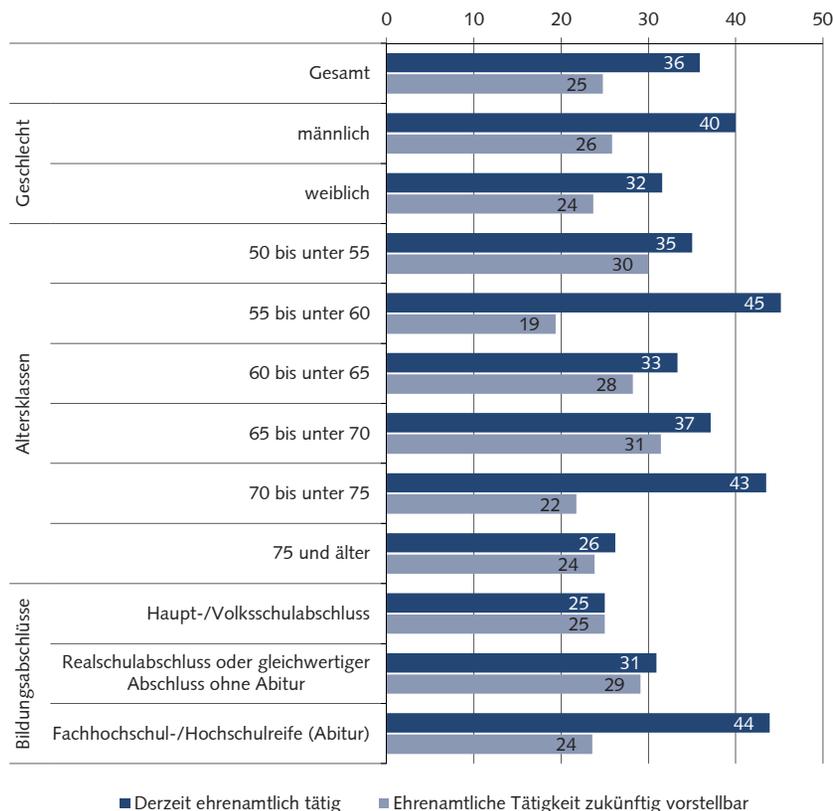
Als wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders wurde im Rahmen der Befragung auch nach einer ehrenamtlichen Tätigkeit gefragt. Durch die höhere Lebenserwartung und die bessere körperliche Fitness ist es älteren Mitbürgern in der heutigen Zeit eher möglich, durch ein freiwilliges Engagement einen aktiveren Lebensstil zu führen. So erbringen Personen im Ruhestand häufig Dienste für die Gesellschaft.

Mehr als ein Drittel der Bremer Befragten ist ehrenamtlich tätig. Somit ist das Engagement der Bremerinnen und Bremer mit einem Alter über 50 Jahre ähnlich stark ausgeprägt wie in Braunschweig. In Oberhausen ist der Anteil hingegen merklich geringer (28 Prozent).

Auch hier prägen Geschlecht, Alter und Schulabschluss das Ausmaß der Aktivität (Abbildung 12): Männer sind häufiger ehrenamtlich tätig als Frauen, unter den 55- bis unter 60-Jährigen und den 70- bis unter 75-Jährigen sind die Anteile höher als in den anderen Altersgruppen und Menschen mit höheren Schulabschlüssen sind aktiver als andere. Bei der Frage nach geplanten ehrenamtlichen Aktivitäten sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht so ausgeprägt.

Am häufigsten sind die ehrenamtlich aktiven Befragten in Bremen im sozialen Bereich tätig (23 Nennungen; Abbildung 13), gefolgt von „Kirche oder

Abbildung 12
Ehrenamtliches Engagement der ab 50-Jährigen in der Stadt Bremen
nach verschiedenen Merkmalen (Fragen AA5 und AA7)
 Anteile in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe



religiöser Bereich“ (16 Nennungen) und „Sport und Bewegung“ (15 Nennungen). Im Vergleich zu den anderen Städten fällt auf, dass dort jeweils ein höheres Engagement in der Kirche vorherrscht, in beiden Städten ist dies die häufigste Antwort.

Auf die Frage, ob ehrenamtliches Engagement zukünftig vorstellbar ist (AA7) bzw. welche Hinderungsgründe es dafür gibt (AA8) antworten in Bremen nur zwei Drittel der Befragten, die meisten

verneinen dies. Als Hauptgründe dafür werden gesundheitliche Einschränkungen oder fehlende Zeit genannt.

Soziale Kontakte

Soziale Beziehungen sind in jeder Lebensphase ein wichtiges Element der gesellschaftlichen Integration und können auch einen Hinweis auf die Aktivität älterer Menschen geben. Besonders für pflegebedürftige Menschen ist ein gutes

Kontaktnetzwerk hilfreich, um trotz der gesundheitlichen Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Eine Frage der Bürgerbefragung zielte darauf ab, herauszufinden, wie häufig sich die Bremerinnen und Bremer der Generation 50+ mit Freunden, Verwandten oder Bekannten treffen. Mit einem Anteil von jeweils 28 Prozent antworten die meisten Befragten mit „mehrmals im Monat“ bzw. „mehrmals in der Woche“. Nur sehr wenige (unter 1 Prozent) Befragte haben nie Kontakt zu Freunden, Verwandten und Bekannten (Abbildung 14).

Die Frage, ob es im sozialen Umfeld Personen gibt, mit denen über vertrauliche und persönliche Angelegenheiten geredet werden kann, bejahen fast alle Befragten (94 Prozent).

Eine weitere Frage zielt auf eine persönliche Einschätzung, ob die Befragte oder der Befragte häufiger an geselligen Treffen teilnimmt als Gleichaltrige oder nicht. Knapp 40 Prozent der Befragten geben an, sich ungefähr gleich oft mit Leuten zu treffen als andere Gleichaltrige. Die wenigsten (6 Prozent) treffen sich demnach „viel häufiger als die meisten“ mit anderen Personen.

3.6 Zusammenfassung

Der demografische Wandel führt zu einer Alterung der Bevölkerung. Daraus ergeben sich viele Probleme, aber auch Chancen und Möglichkeiten, da ältere Menschen eine höhere Lebenserwartung aufweisen und dank ihrer Fitness aktiver sind. Somit ergeben sich mehr Möglichkeiten der Gestaltung des Lebens im Alter, das aktiver geführt werden kann.

Im Rahmen der Bürgerbefragung 2012 wurde für die Städte Bremen,

Abbildung 13
Bereiche des ehrenamtlichen Engagements der ab 50-Jährigen in der Stadt Bremen (Frage AA6)
 Zahl der Nennungen; Mehrfachnennungen möglich

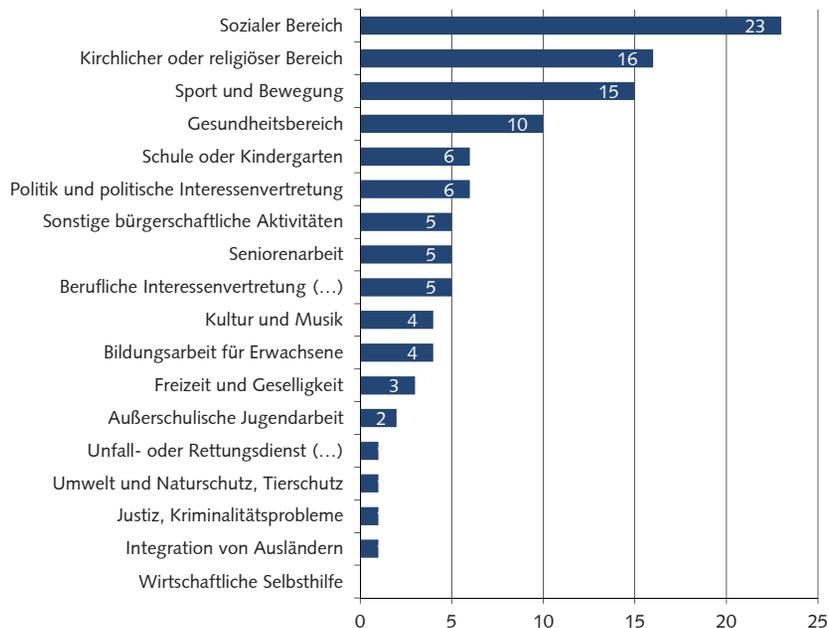
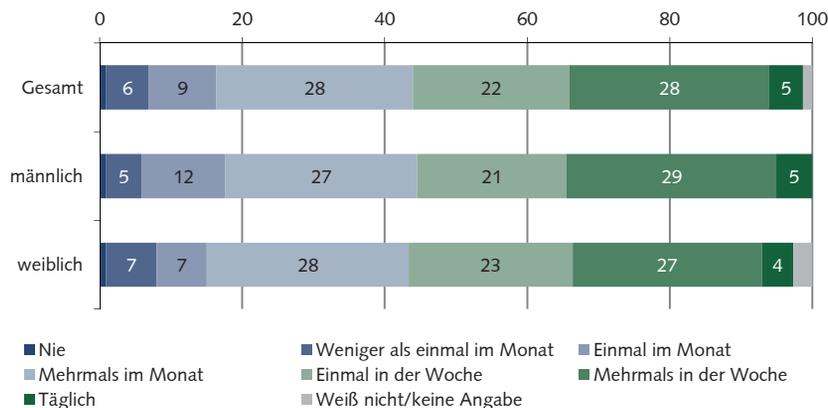


Abbildung 14
Soziale Kontakte: Wie oft treffen sich die ab 50-Jährigen in der Stadt Bremen mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen (Frage AA12)?
 Anteile in %



Braunschweig und Oberhausen neben den Basisfragen auch das Zusatzmodul „Aktives Altern“ erhoben, dessen Ergebnisse dem Aktivierungsgrad der älteren Bevölkerung auf den Grund gehen.

Diese zeigen, dass ein aktiver Lebensstil im Alter stark vom Alter selber, aber auch vom Geschlecht und vor allem vom Bildungsstand abhängt. Ein Beispiel hierfür ist, dass mehr Personen mit einem akademischen Abschluss an Bildungsveranstaltungen teilnehmen als Personen mit einem Haupt- oder Real Schulabschluss.

Auch zwischen verschiedenen Städten ergeben sich Unterschiede hinsichtlich der „Aktivität“ der Generation 50+. So haben die Ergebnisse gezeigt, dass die ältere Bevölkerung im strukturschwachen Oberhausen einen geringeren Aktivierungsgrad aufweist als in Bremen und Braunschweig. Hieraus lässt sich schließen, dass nicht nur persönliche Merkmale, sondern auch das soziale Umfeld Einfluss auf den Aktivitätsgrad ausübt. Die unterschiedlichen demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der beteiligten Städte spielen demnach auch eine Rolle für den Lebensstil der älteren Bevölkerung.

4 Anlage: Fragebogen

4.1 Modul Inklusion

Frage IN1

Die Vereinten Nationen haben vor einiger Zeit ein Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verabschiedet, die sogenannte UN-Behindertenrechtskonvention. Seit März 2009 ist sie auch in Deutschland in Kraft. Haben Sie von der UN-Behindertenrechtskonvention schon einmal gehört, oder hören Sie davon gerade zum ersten Mal?

- › Habe ich schon gehört
- › Höre ich zum ersten Mal
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage IN2

Kennen Sie in Ihrem näheren persönlichen Umfeld Menschen mit Behinderungen? (Mehrfachnennungen möglich)

- › Ja, in meiner Familie oder näheren Verwandtschaft
- › Ja, in meinem engeren Freundes- und Bekanntenkreis
- › Ja, an meinem Arbeitsplatz
- › Ja, in meiner Nachbarschaft
- › Ja, in einem anderen Bereich
- › Nein, in keinem dieser Bereiche
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage IN3

Sind Sie selbst oder eine andere Person in Ihrem Haushalt behindert?

- › Ja, ich [weiter mit Frage IN3a]
- › Ja, andere Person im Haushalt [weiter mit Frage IN3b]
- › Nein [weiter mit Frage IN6]
- › [Weiß nicht / keine Angabe] [weiter mit Frage IN6]

Frage IN3a

Ist das bei Ihnen eine körperliche, eine sensorische, eine seelische oder eine geistige Behinderung?

- (Mehrfachnennungen möglich)
- › Eine körperliche Behinderung [Int.: z. B. gehbehindert, querschnittsgelähmt]
 - › Eine sensorische Behinderung [Int.: z. B. blind, taub]
 - › Eine seelische Behinderung [Int.: z. B. Depressionen, Angststörungen]
 - › Eine geistige Behinderung [Int.: z. B. Trisomie 21, Demenz]
 - › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage IN3b

Und ist das bei der anderen Person in Ihrem Haushalt eine körperliche, eine sensorische, eine seelische oder eine geistige Behinderung? (Mehrfachnennungen möglich)

- › Eine körperliche Behinderung [Int.: z. B. gehbehindert, querschnittsgelähmt]
- › Eine sensorische Behinderung [Int.: z. B. blind, taub]
- › Eine seelische Behinderung [Int.: z. B. Depressionen, Angststörungen]
- › Eine geistige Behinderung [Int.: z. B. Trisomie 21, Demenz]
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage IN4 [für Befragten selbst und für andere Person im HH]

Besitzen Sie einen amtlichen Schwerbehindertenausweis oder eine vergleichbare amtliche Feststellung zur Schwerbehinderung? [Int.: nur wenn unklar erläutern: z.B. Bescheid des Versorgungsamtes, amtlicher Schwer- oder Kriegsbeschädigtenausweis, Rentenbescheid, Verwaltungs- oder Gerichtsentcheidung]

- › Ja

- › Nein, keine amtlich anerkannte Behinderung [weiter mit Frage IN6]
- › [Weiß nicht / keine Angabe] [weiter mit Frage IN6]
- › Noch nicht anerkannt / Antrag gestellt [weiter mit Frage IN6]

Frage IN5 [nur für Befragten selbst]

Wie hoch ist der amtlich festgestellte Grad der Behinderung?

- › _____ % [ab 50%; Abstufung in 10er Schritten]
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage IN6

Unter Inklusion versteht man, dass allen Menschen - ob mit und ohne Behinderung - von Anfang an die volle und wirksame Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft möglich ist. Und zwar in allen Bereichen: In der Schule, am Arbeitsplatz, bei Wahlen und auch in der Freizeit. Ganz allgemein: Was meinen Sie, wie gut ist das Ziel der Inklusion in (Stadtname) bislang verwirklicht? Glauben Sie, Inklusion ist in (Stadtname) bisher... -

- › Eher gut verwirklicht?
- › Eher weniger gut verwirklicht?
- › Oder können Sie das nicht beurteilen? [Weiß nicht]
- › [Keine Angabe]

Frage IN7

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die das Leben für Menschen mit Behinderungen einfacher machen. Was meinen Sie zu den folgenden Angeboten vor Ort: Gibt es davon zu wenig - ist das gerade richtig - gibt es davon zu viel oder - können Sie das nicht beurteilen?

Skala: Davon gibt es in (Stadtname): zu wenig, ist gerade richtig, zu viel, kann ich nicht beurteilen [weiß nicht], [keine Angabe]

- › Behindertengerechte Öffentliche Verkehrsmittel
- › Schulen und weiterführende Bildungseinrichtungen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden
- › Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen
- › Behindertengerechte Freizeitangebote, wie z.B. Behindertensport
- › Wohnungen, die behinderungsbedingten Bedürfnissen entsprechen
- › Öffentliche Toiletten, die barrierefrei erreichbar sind
- › Parkplätze für Schwerbehinderte
- › Barrierefreie öffentlich zugängliche Plätze und Gebäude
- › Behindertengerechte Verkehrswege wie z.B. Ampeln, Kreuzungen, Bordsteine
- › Gut lesbare und verständliche Ausschreibungen und Orientierungshilfen
- › Arbeits- und Ausbildungsplätze, die auf die Belange von Menschen mit Behinderungen ausgerichtet sind

Frage IN8

Was meinen Sie, hat das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderungen derzeit in (Stadtname) die richtige Priorität, sollte es gegenüber anderen öffentlichen Aufgaben eine höhere Priorität bekommen oder sollte es eine geringere Priorität bekommen als derzeit?

[NUR EINE ANTWORT MÖGLICH]

- › ... die Verwirklichung der Inklusion hat in (Stadtname) derzeit die richtige Priorität
- › ... Inklusion sollte weniger wichtig sein
- › ... Inklusion sollte eine höhere Priorität bekommen
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage IN9

Nun werde ich Ihnen einige Aussagen vorlesen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage sehr zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Skala: stimme sehr zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu, [weiß nicht / keine Angabe]

- › Menschen mit Behinderung sind sichtbarer Teil des Alltagslebens in (Stadtname).
- › Der gemeinsame Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung ist für beide Seiten vorteilhaft.
- › Menschen mit Behinderung sollen selbst bestimmen, ob sie heiraten und ob sie Kinder möchten oder nicht.
- › Ich kann mir vorstellen, mit einem Menschen mit Behinderung befreundet zu sein.
- › Die Verwirklichung von Inklusion kostet die Öffentlichkeit viel Geld, das an anderer Stelle fehlt.
- › Die Verwirklichung von Inklusion ist ein wertvolles Ziel.
- › Die Verwirklichung von Inklusion ist eher eine Frage der Bereitschaft von Planung, Politik und Öffentlichkeit als von finanziellen Mitteln.

4.2 Modul Aktives Altern

Frage AA1

Wir möchten jetzt wissen, welchen Tätigkeiten Sie nachgehen. Sind Sie im letzten Monat einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen? Was von den folgenden Möglichkeiten ist für Sie zutreffend?

- › Ja - ich bin Vollzeit erwerbstätig
- › Ja - ich bin Teilzeit erwerbstätig
- › Ja - ich bin in Ausbildung
- › Nein - ich bin arbeitssuchend
- › Nein - ich bin im Ruhestand [weiter mit Frage AA3]
- › Nein - ich bin im Haushalt tätig, auch wenn nur zur Zeit
- › Nein - ich bin Schüler / Studierender
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage AA2

In welchem Alter würden Sie gerne in den Ruhestand gehen?

- › mit _____ Jahren

Frage AA3

Haben Sie während der letzten 12 Monate Kurse belegt oder Vorträge oder Veranstaltungen besucht, die Ihrer Fort- und Weiterbildung dienen?

- › Ja
- › Nein
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage AA4

Haben Sie vor, in den nächsten 12 Monaten Veranstaltungen zu besuchen, die Ihrer Fort- und Weiterbildung dienen?

- › Ja
- › Nein
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage AA5

Sind Sie derzeit ehrenamtlich tätig, das heißt, haben Sie z.B. in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder Selbst-

hilfegruppe freiwillig Arbeiten und Aufgaben übernommen, die Sie unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausüben?

- › Ja [weiter mit Frage AA6]
- › Nein [weiter mit Frage AA7]
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage AA6

In welchem Bereich bzw. in welchen Bereichen üben Sie zurzeit eine ehrenamtliche Tätigkeit aus? (Sie können mehrere Angaben machen)

- › Außerschulische Jugendarbeit
- › Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebs
- › Bildungsarbeit für Erwachsene
- › Freizeit und Geselligkeit
- › Gesundheitsbereich
- › Integration von Ausländern
- › Justiz, Kriminalitätsprobleme
- › Kirchlicher oder religiöser Bereich
- › Kultur und Musik
- › Politik und politische Interessenvertretung
- › Schule oder Kindergarten
- › Seniorenarbeit
- › Wirtschaftliche Selbsthilfe
- › Sozialer Bereich
- › Sport und Bewegung
- › Umwelt und Naturschutz, Tierschutz
- › Unfall- oder Rettungsdienst, freiwillige Feuerwehr
- › Sonstige bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort

Frage AA7

Könnten Sie sich vorstellen, in nächster Zeit – d.h. in den nächsten 12 Monaten – einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachzugehen?

- › Nein, auf keinen Fall [weiter mit Frage AA8]
- › Ja, eventuell [weiter mit Frage AA9]
- › Ja, auf jeden Fall [weiter mit Frage

AA9]

- › [Weiß nicht / keine Angabe] [weiter mit Frage AA10]

Frage AA8

Welche Gründe hindern Sie daran, sich ehrenamtlich zu engagieren?

[ROTIEREN]

- › Fehlende Anerkennung in der Öffentlichkeit
- › Fehlende Information über Engagementmöglichkeiten
- › Bin nicht mobil
- › Habe viele andere Hobbys und Interessen
- › Gesundheitliche Einschränkungen
- › Keine Zeit
- › Kein Interesse
- › „Ich wurde noch nie gefragt“
- › [Weiß nicht / keine Angabe]
- › [weiter mit Frage AA10]

Frage AA9

In welchen Bereichen könnten Sie sich vorstellen, einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachzugehen?

[NICHT VORLESEN]

- › Außerschulische Jugendarbeit
- › Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebs
- › Bildungsarbeit für Erwachsene
- › Freizeit und Geselligkeit
- › Gesundheitsbereich
- › Integration von Ausländern
- › Justiz, Kriminalitätsprobleme
- › Kirchlicher oder religiöser Bereich
- › Kultur und Musik
- › Politik und politische Interessenvertretung
- › Schule oder Kindergarten
- › Seniorenarbeit
- › Wirtschaftliche Selbsthilfe
- › Sozialer Bereich
- › Sport und Bewegung
- › Umwelt und Naturschutz, Tierschutz

- › Unfall- oder Rettungsdienst, freiwillige Feuerwehr
- › Sonstige bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort

Frage AA10

Kennen Sie eine Anlaufstelle oder Ansprechperson in (Stadtname), die über ehrenamtliche Tätigkeiten beraten oder Ehrenamtsstellen vermitteln?

- › Ja
- › Nein
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage AA11

Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem gegenwärtigen Leben? 1 bedeutet „sehr zufrieden“ und 4 „überhaupt nicht zufrieden“.

- › Sehr zufrieden
- › Eher zufrieden
- › Eher unzufrieden
- › Überhaupt nicht zufrieden
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage AA12

Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen?

- › Nie
- › Weniger als einmal im Monat
- › Einmal im Monat
- › Mehrmals im Monat
- › Einmal in der Woche
- › Mehrmals in der Woche
- › Täglich
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage AA13

Haben Sie jemanden, mit dem Sie über vertrauliche und persönliche Angelegenheiten reden können?

- › Ja
- › Nein
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

Frage AA14

Wenn Sie sich mit Gleichaltrigen vergleichen, wie oft nehmen Sie an geselligen Ereignissen oder Treffen teil?

- › Viel seltener als die meisten
- › Seltener als die meisten
- › Ungefähr gleich oft
- › Häufiger als die meisten
- › Viel häufiger als die meisten
- › [Weiß nicht / keine Angabe]

- › Es ist ihr wichtig, dass der Staat ihre persönliche Sicherheit vor allen Bedrohungen gewährleistet. Sie will einen starken Staat, der seine Bürger verteidigt.

Frage AA15

Im Folgenden werden einige Personen beschrieben. Bitte machen Sie jedes Mal deutlich, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist.

Skala: Ist mir sehr ähnlich, Ist mir ähnlich, Ist mir etwas ähnlich, Ist mir nur ein kleines bisschen ähnlich, Ist mir nicht ähnlich, Ist mir überhaupt nicht ähnlich, [Weiß nicht / keine Angabe]

- › Sie mag Überraschungen und hält immer Ausschau nach neuen Aktivitäten. Sie denkt, dass im Leben Abwechslung wichtig ist.
- › Sie glaubt, dass die Menschen tun sollten, was man ihnen sagt. Sie denkt, dass Menschen sich immer an Regeln halten sollten, selbst dann, wenn es niemand sieht.
- › Es ist ihr wichtig, Spaß zu haben. Sie gönnt sich selbst gerne etwas.
- › Es ist ihr wichtig, sich jederzeit korrekt zu verhalten. Sie vermeidet es, Dinge zu tun, die andere Leute für falsch halten könnten.
- › Sie sucht das Abenteuer und geht gerne Risiken ein. Sie will ein aufregendes Leben haben.
- › Sie lässt keine Gelegenheit aus, Spaß zu haben. Es ist ihr wichtig, Dinge zu tun, die ihr Vergnügen bereiten.
- › Es ist ihr wichtig, in einem sicheren Umfeld zu leben. Sie vermeidet alles, was ihre Sicherheit gefährden könnte.

Weitere Informationen

Die Broschüre kann kostenlos unter www.statistik.bremen.de / Publikationen heruntergeladen werden.

Ergebnisse aus früheren Befragungen finden Sie u. a. hier:

- › Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Lebensqualität aus Bürgersicht - deutsche Städte im Vergleich. Erste koordinierte Bürgerbefragung in deutschen und europäischen Städten. Ein Projekt der Städtegemeinschaft Urban Audit und des Verbandes deutscher Städtestatistiker (VDSt). Frankfurt, 2008.
- › Barbara Rösel: Lebensqualität in deutschen Großstädten: die Stadt Bremen im Vergleich. In: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Statistische Hefte 1/2008, S. 10 - 26.

Die Ergebnisse der europaweiten Befragung sind in folgender Veröffentlichung zusammengefasst:

- › European Union (Hrsg.): Quality of life in cities. Perception survey in 79 European cities Luxembourg, 2013. Die pdf-Datei des Berichts kann über [www. http://ec.europa.eu](http://ec.europa.eu) heruntergeladen werden.

Umfangreiche statistische Informationen für das Land Bremen und die Städte Bremen und Bremerhaven stellt das Statistische Landesamt Bremen unter der Adresse www.statistik.bremen.de zur Verfügung. Hier haben Sie Zugang zu verschiedenen interaktiven Informationsangeboten und zu einem umfangreichen Downloadbereich.

Das Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de) bündelt Daten und Informationen aus der amtlichen Statistik für alle Länder und für Deutschland. Dazu zählt auch die Regionaldatenbank Deutschland (www.regionalstatistik.de), die Ergebnisse der amtlichen Statistik bis auf Gemeindeebene enthält.

Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14–16
28195 Bremen
Telefon: +49 421 361-25 01
E-Mail: office@statistik.bremen.de

www.statistik.bremen.de

Straßenbahn/Bus:
Haltestelle Hauptbahnhof

Auskunftsdienst:
Telefon: +49 421 361-6070
E-Mail: info@statistik.bremen.de

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag
9.00 bis 15.00 Uhr
Freitag
9.00 bis 14.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Gestaltung, Satz und Druck: Statistisches Landesamt Bremen
Erschienen im Oktober 2015
Titelbild: © atira - Fotolia.com

© Statistisches Landesamt Bremen, Bremen, 2015
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

